Lähner Anzeiger

Telephon: Amt Lähn Nr. 24. **Lokalblatt für Lähn und Umgegend.** **Telephon: Amt Schönau Nr. 10.**

Druck und Verlag von **Franz Beuchel** in Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: **Franz Beuchel,** Schönau (Katzbach).

Ausgabestelle und **Inseraten-Annahme** in der **Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lähn** und in der **Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau** (Katzbach).

Die Ausgabe erfolgt wöchentlich 3 mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Amtliches Publikations-Organ der städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Insertionspreis für Lähn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf pro Zeile. Annahmeschluß Montag, Mittwoch und Freitag **mittags 12 Uhr.**

Nr. 24. **Lähn, Donnerstag, den 27. Februar 1908.** **5. Jahrgang.**

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser hatte am Montag eine Besprechung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts und mit dem Reichskanzler, hörte im Schlosse den Vortrag des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts und empfing den Nürnberger Oberbürgermeister. Später speiste der Monarch bei dem kommandierenden General des Gardekorps. — Der Kaiser besuchte am Dienstag den Reichskanzler, hörte im Schlosse den Vortrag des Chefs des Admiralstabes und empfing den englischen Obersten Trench, der die englische Rangliste überreichte. Zu Ehren des Geburtstages des Königs von Württemberg fand Festtafel statt.

Berlin. Der Kaiser empfing den Nürnberger Oberbürgermeister. Der Empfang galt der Stiftung eines Patengeschenkes der Stadt Nürnberg für den Kreuzer „Nürnberg". Das Geschenk in Gold und Silber ausgeführt und mit Edelsteinen geschmückt, stellt die Nürnberger Hohenzollernburg dar.

Berlin. Zu den Reiseplänen des Kolonialstaatssekretärs wird berichtet, daß für diesen Sommer der Besuch Südwestafrikas in Aussicht genommen ist. Die Dauer der Reise ist auf 3 Monate veranschlagt. Näheres steht noch nicht fest.

Berlin. Staatssekretär Dernburg plant zur Förderung unsrer Kolonien die Errichtung eines Sanitätsamtes für die Neger, deren Sterblichkeit eine weit größere und deren Nachwuchs ein weit geringerer ist als bei den Weißen. Das Sanitätsamt soll zunächst für das ostafrikanische Schutzgebiet eingerichtet werden mit der Aufgabe, sämtliche mit der Negersanität zusammenhängenden Fragen zu studieren und alle Mittel anzugeben, welche eine bessere Sanität und vor allem eine bessere Fortpflanzung der Neger zu ermöglichen. Ferner soll ein Landeskulturamt geschaffen werden, das Versuche mit besseren Getreidearten machen, neue Wasserstellen aufsuchen und andere Kulturfortschritte herbeiführen soll.

Berlin. Die Kolonialbahnfrage wird anfangs kommender Woche dem Reichstage zugehen. Einzelheiten über den Inhalt der Vorlage können noch nicht mitgeteilt werden, da der Bundesrat zu den Bahnforderungen noch nicht Stellung genommen hat. Für Ostafrika ist jedoch laut „Tägl. Rundsch." der Weiterbau der Zentralbahn über Kilossa nach Tabora und der Usambarabahn sicher beabsichtigt. Unzutreffend ist die Angabe vom Bau der Bahn Keetmanshoop-Warmbad. Südwestafrika muß mit seinen Bahnprojekten diesmal zugunsten Ostafrikas etwas zurücktreten. Auch für Togo und Kamerun halten sich die Eisenbahnforderungen in bescheidenen Grenzen.

Berlin. Die neue deutsche Felddienstordnung soll vor ihrer Vollendung stehen und nach der Genehmigung durch den Kaiser noch im Frühjahr eingeführt werden.

Berlin. Zu den Einnahmequellen des Reiches, die am meisten enttäuschen, gehört der Ertrag der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung. Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß die tatsächlichen Einnahmen des Etatsjahres 1907 hinter dem anschlagsmäßigen zurückbleiben werden. — In den ersten 10 Monaten des Etatsjahres sind 501,9 Mill. Mk. eingekommen. Da der Etat eine Einnahme von 610,2 Mill. Mark vorsieht, fehlen noch 108,3 Mill. Diese werden nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung, die die „Voss. Ztg." aufstellt, in den beiden Monaten Februar und März nicht eingenommen werden, trotzdem der diesjährige Februar 29 Tage zählt und sich daher der Gesamtbetrag um eine Tageseinnahme in Höhe von rund 1,4 Mill. Mk. steigert. Um etwa 10 Mill. Mk. werden die Einnahmen des Etatsjahres 1907 hinter dem Voranschlage zurückbleiben. Bei dieser Sachlage ist der Ansatz des Etats für 1908, der eine Steigerung der Einnahmen der Reichspostverwaltung auf 644,1 Mill. Mk., also gegenüber dem Vorjahre um 33,95 Mill. Mk. annimmt, kaum aufrecht zu erhalten.

Berlin. Der neue Reichsschatzsekretär Sydow ist nicht geneigt, die Gesetzentwürfe seines Amtsvorgängers unbesehen zu übernehmen und sie als seine eignen vor dem Reichstage zu vertreten. Die bis jetzt im Reichsschatzamte ausgearbeitete Vorlage wegen Aufbesserung der Gehälter der Reichsbeamten, die noch für diese Session angekündigt ist, sieht eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses vor, gleichzeitig aber eine Aufhebung des Beamtenprivilegs bei der Kommunalbesteuerung. Wie die „Münch. N. N." hören, ist es jedoch fraglich, ob der neue Reichsschatzsekretär das Projekt billigen wird, so daß eine Umarbeitung der Vorlage nicht ausgeschlossen ist. — Hat der neue Staatssekretär schon in diesem minder wichtigen Punkte Aenderungen ins Auge gefaßt, weil er die Vorlage als sein eigenstes Werk im Parlament zu verteidigen gewillt ist, um wie viel mehr wird er jede einzelne Steuervorlage für die Reichsfinanzreform darauf hin prüfen, ob sie das Richtige und Zweckmäßige trifft. Hiernach müssen die immer noch auftauchenden Meldungen, als würde Sydow genötigt, sich Hals über Kopf in die Reformvorlage zu stürzen und sie noch im Laufe dieser Session zur Erledigung zu bringen, als unbegründet angesehen werden.

Berlin. Der Förderung der schulentlassenen Jugend durch Leibesübungen galten Konferenzen, welche dieser Tage im preußischen Abgeordnetenhause stattfanden. Es wurde u. a. vorgeschlagen, den Turnunterricht als obligatorischen Lehrgegenstand in den Pflichtfortbildungsschulen aufzunehmen. An den Verhandlungen beteiligte sich u. a. mit jugendlichem Eifer der greise Generalfeldmarschall Graf Häseler, der in anregender Weise weit ausschauende Pläne erörterte. Ueber alle wesentlichen Punkte wurde volles Einvernehmen erzielt und ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der die Angelegenheit weiter fördern soll.

Berlin. Eisenbahnreformen kündigte der Eisenbahnminister Breitenbach am Dienstag in der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses an. Die Schnellzüge sollen bald alle in D-Züge umgewandelt werden. Handlungsreisende, die über 200 Kg. Gepäck aufgeben, sollen künftig nicht mehr die doppelte, sondern nur die einfache Taxe zahlen. Auch ohne Fahrkarte kann Gepäck aufgegeben und dann als Expreßgut nach dem früheren Tarif befördert werden. Die Giltigkeitsdauer der Fahrkarten wird auf vier Tage verlängert. Die zusammenstellbaren Reisehefte sollen nicht mehr die Mahl einer Rundreise bedingen. Die Einführung des elektrischen Betriebes wird namentlich für den Vorortverkehr großer Städte erwogen. Der Minister verbreitete sich über die Abwanderung aus den höheren in die unteren Wagenklassen (15 Prozent bei der 1. und 4 bis 5 Prozent bei der 3. Klasse) und berechnete den Ausfall infolge der Fahrkartensteuer und der Personentarifreform auf 15 Millionen Mark. Mit Mecklenburg ist ein Vertrag über die Güterwagengemeinschaft bereits zustande gekommen, mit Baden und Wüttemberg schweben aussichtsvolle Verhandlungen und mit Bayern sollen Verhandlungen demnächst beginnen. Mit Sachsen hat hierüber bisher nur ein Schriftwechsel stattgefunden.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags begann bei fortgesetzter Beratung des Kolonialetats die Erörterung über das Reformprogramm des Staatssekretärs Dernburg, das sie voraussichtlich noch mehrere Tage beschäftigen wird. — In der allgemeinen Aussprache machte zunächst der Abg. Siebert (Rpt.) Ausstellungen an dem Programm Dernburgs, das er in 4 Punkten abgeändert wissen will. Etwas weniger Begeisterung bezüglich der Arbeitskraft der Neger; mehr Entgegenkommen gegen die Farmer; mehr Heranziehung deutscher Ansiedler; mehr Betreuung des deutschen Charakters. Staatssekretär Dernburg erwiderte, nachdem er festgestellt hatte, daß schon jetzt 5 Millionen Kokospalmen im Küstenbezirk Ostafrikas wächsen, daß man die Produktivität der Neger nicht mit europäischen Verhältnissen vergleichen könne. Arbeiter sind reichlich vorhanden, wenn sie nur gut behandelt werden. Die Beauftragten der Pflanzer lassen sich jedoch leider sehr oft Uebergriffe gröblichster Art zu Schulden kommen. Auch das Spekulations-Interesse vieler Pflanzer ist zu sehr unterstützt worden. Es ist vorgekommen, daß eine Pflanzung, die einen reellen Wert von 58 000 Mark hatte, mit 400 000 Mark beerntet und ausgeboten wurde. Und dann verlangt der Pflanzer, die Verwaltung solle die Peitsche schwingen. Auch verlangten die Pflanzer, daß den Eingeborenen verboten würde, eigne Kulturen anzulegen. Die Deutschen müssen zurecht gesetzt werden, damit solche übertriebene Forderungen nicht mehr gestellt werden, sonst können unsere Kolonien nicht prosperieren. Man braucht die Interessen der Pflanzer durchaus nicht gering zu schätzen, aber man darf auch nicht dulden, daß die bisher noch kleine Gruppe der Pflanzer ihre Interessen als die allein zu berücksichtigenden betrachtet. Der Nationalliberale Arning erklärte, die Ueberzeugung zu haben, daß Dernburg mit dem Herzen bei der Sache sei; diese Empfindung habe er bei den früheren Kolonialdirektoren nicht gehabt. Auch Frhr. v. Richthofen (kons.) wünschte, daß den Eingeborenen deutsche Kultur und Sitte gebracht und daß zu diesem Zwecke Eisenbahnen gebaut würden. Man brauche deshalb aus Ostafrika noch kein Negerland zu machen. Auch der Abg. Spahn (Ztr.) äußerte sich zustimmend zu dem Programm des Staatssekretärs, meinte aber daß man statt der teuren Eisenbahnen die natürlichee Wasserstraßee auch als Verkehrswege benutzen möge.

Kiel. Die chirurgische Fachwelt und die Menschheit hat einen schweren Verlust erlitten durch den Tod des Professors Friedrich von Esmarch in Kiel. Esmarch, ein Kind Schleswig-Holsteins und 85 Jahre alt geworden, war der Altmeister der Chirurgie und der Begründer des deutschen Samariterwesens. Beides sichert ihm ein dauerndes Andenken. In den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 hat er sich um die chirurgische Behandlung der Verwundeten die größten Verdienste erworben, im Feldzuge gegen Frankreich als Generalarzt. Als höchst wertvoll erwies sich sein Verfahren, die zu operierenden Gliedmaßen künstlich blutleer zu machen und dadurch Blutverluste zu vermeiden. Zu seiner Freude hat Esmarch seine Schöpfung, den deutschen Samariterverein, sich ausbreiten sehen. Selbst das Ausland hat nach diesem Muster gearbeitet. Daneben hat der nun Verstorbene durch seine Facharbeiten lehrreich gewirkt. Prof. Friedrich v. Esmarch war durch seine 1872 geschlossene zweite Ehe mit der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein ein Onkel der jetzigen Kaiserin. Wie wir es in diesen Tagen so oft lesen, so war es auch bei dem großen Chirurgen, dem Schüler Langenbecks: er ist an den Folgen der Influenza gestorben. Die Trauerfeier für Professor v. Esmarch findet am Donnerstag in der Nikolaikirche in Kiel statt. Die Gedächtnisrede hält Superintendent Wallroth.

Allenstein. Die gerichtliche Verhandlung gegen den Hauptmann v. Göben, der aus der Irrenanstalt Kontau entlassen und in das Militärarresthaus zurücktransportiert worden ist, um dort noch einmal von dem Münchner Psychiater Freiherrn v. Schrenk-Notzing auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden, findet Mitte März statt und wird voraussichtlich zwei Tage dauern. Die Anklage lautet auf Mord. Ueber die schuldige Gattin des ermordeten Majors v. Schönebeck wird später verhandelt werden, wenn es überhaupt dazu kommt. — Bei dem Transport des Hauptmanns v. Göben von Kontau nach Allenstein geriet der